

Ihr Newsletter vom Umweltinstitut – unabhängig, kritisch, engagiert.

07.03.2022

Von Atom-Gefahr bis Fracking-Gas: Was der Angriffskrieg auf die Ukraine für die deutsche Energiepolitik bedeutet

Sehr geehrter Herr Mages,

noch vor wenigen Tagen schien es kaum denkbar, dass wir mitten in Europa wieder um den Frieden bangen müssen. Jetzt fliegen russische Raketen auf ukrainische Städte, nur einige Hundert Kilometer von uns entfernt, und Hunderttausende Menschen sind auf der Flucht vor den Schrecken des Krieges. Putins Angriff auf die Ukraine und den Frieden in Europa hat uns alle zutiefst bestürzt und aufgewühlt. In Gedanken sind wir bei den Opfern, die dieser sinnlose Krieg bereits gefordert hat und stehen in Solidarität mit allen Betroffenen.

Wenn auch Sie den Menschen in der Ukraine helfen möchten, haben wir auf unserer Website einige der vielen unterstützenswerten Initiativen aufgeführt, die jetzt Nothilfe leisten.

Als Organisation, die sich nach der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl gegründet hat, um über die Gefahren der radioaktiven Wolke über Europa aufzuklären, beobachten wir insbesondere die Gefahr einer kriegsbedingten Nuklearkatastrophe. Putins Drohung mit Nuklearwaffen verurteilen wir zutiefst und können nur hoffen, dass selbst jemand wie er nicht so weit gehen wird, diese Drohung wahrzumachen.

Doch eine radioaktive Bedrohung geht in diesem Krieg nicht nur von Atombomben, sondern leider auch von der Atomruine in Tschernobyl und den laufenden Atomkraftwerken in der Ukraine aus:

Würde nur einer der 15 aktiven Reaktorblöcke ernsthaft beschädigt werden oder die Kühlung ausfallen, dann könnte ein Reaktorunfall Gebiete auch weit über die Grenzen der Ukraine hinaus radioaktiv verseuchen. Russische Truppen sind bereits in die Tschernobyl-Sperrzone einmarschiert und haben nun nach eigenen Angaben das größte ukrainische Atomkraftwerk Saporischschja besetzt. Atommülllager in Kiev und Charkov sollen bereits von Granaten getroffen worden sein.

Mit unserer Sonde messen wir stündlich die Umgebungsradioaktivität in München und würden so sofort registrieren, falls sich die Werte erhöhen sollten. Bei der aktuellen Wetterlage würde in der Ukraine freigesetzte Radioaktivität jedoch nicht nach Deutschland getragen werden.

→ Mehr Informationen zu radioaktiven Gefahren durch den Ukraine-Krieg und zu unseren Messungen finden Sie auf unserer Website.

Mehr als je zuvor wird in diesen Zeiten deutlich, wie fatal die Abhängigkeit von fossilen Energieimporten ist. Der Druck jetzt entschlossen gegenzusteuern ist zurecht groß – nicht alle Vorschläge sind jedoch auch sinnvoll. Der Stopp der überflüssigen Gas-Pipeline Nord Stream 2 war längst überfällig. Nicht akzeptabel ist aus unserer Sicht hingegen, dass der Import von Flüssiggas künftig stärker gefördert werden soll.

Dessen Klimabilanz ist allgemein schlechter als Pipelinegas und es stammt in vielen Fällen aus umweltschädlicher Fracking-Förderung. Auch helfen die angekündigten neuen LNG-Terminals erstmal nur symbolisch unabhängiger von Russland zu werden. Denn der Bau dauert rund fünf Jahre,

hilft uns also nicht, im nächsten Winter auf russisches Gas verzichten zu können. Ebenso kritisch sehen wir die Vorstöße prominenter Politiker:innen auf Bundes- und Landesebene, den Kohleausstieg bis 2030 erneut in Frage zu stellen. Wenn man die Gefahren betrachtet, die aktuell von den ukrainischen Atomkraftwerken ausgehen, ist es umso absurder, dass ebenfalls eine Debatte um eine Laufzeitverlängerung der deutschen Atommeiler aufgeflammt ist.

→ Lesen Sie unsere Fragen und Antworten zu Auswirkungen des Ukraine-Kriegs auf die Energiepolitik in Deutschland auf unserer Website

Ein richtiger Schritt der Bundesregierung ist hingegen, den Ausbau der erneuerbaren Energien als krisensichere Energieversorgung stärker voranzubringen. Bis 2035 sollen 100 Prozent Ökostrom erreicht werden. Konkret wurden einige Maßnahmen zur Förderung der Solar- und Bürgerenergie beschlossen, die wir in den letzten beiden Jahren immer wieder gefordert haben.

→ Mehr zum neuen Entwurf des Erneuerbare Energien Gesetzes erfahren Sie in unserer Aktuellen Meldung auf unserer Website

Der Angriff auf die Ukraine hat die deutsche Energiepolitik gehörig aufgewirbelt und in den nächsten Wochen stehen nun große Richtungsentscheidungen an, die Deutschlands Energieversorgung auf lange Sicht prägen werden. Wir werden uns dafür stark machen, dass die Regierung jetzt nicht die falschen Schlüsse zieht und Kohle, Atom und Fracking-Gas eine Renaissance erleben. Wir werden uns dafür einsetzen, dass Deutschlands Energieversorgung stattdessen so schnell wie möglich zu 100% erneuerbar wird und die großen Potentiale zur Energieeinsparung besser genutzt werden. Wir würden uns freuen, Sie dabei auch weiterhin an unserer Seite zu wissen.

Mit herzlichen Grüßen,
Ihr Team des Umweltinstitut München

Stellenangebote

Zur Verstärkung unseres Teams in München suchen wir zum nächstmöglichen Zeitpunkt:

- Referent:in und Campaigner:in für Energie- und Klimapolitik (m/w/d)
- Mitarbeiter:in für Buchhaltung, Lohn- und Gehalt (m/w/d)
- Studentische Hilfskraft im Bereich IT (m/w/d)
- Studentische Hilfskraft im Bereich Verwaltung (m/w/d)
- Freiwilliges ökologisches Jahr (Beginn jeweils 1. September)

Umweltinstitut München e.V.
Goethestr. 20 • 80336 München

Website: www.umweltinstitut.org
E-Mail: info@umweltinstitut.org

Spendenkonto
Kto. 8831101, BLZ 70020500
IBAN: DE 70 7002 0500 0008 8311 01 • BIC: BFSWDE33MUE
Bank für Sozialwirtschaft München